



FRAGEN UND ANTWORTEN



Klimaschutz der EU

Was sich der "Green Deal" vornimmt

Stand: 11.12.2019 16:18 Uhr



VIDEO

Von der Leyen stellt "Green Deal" der EU-Kommission vor, tagesschau

Bis 2050 will die EU klimaneutral werden - und der Weg dorthin soll über den "Green Deal" führen. Welche Maßnahmen und Ziele die EU in ihrem Plan festgelegt hat, finden Sie hier im Überblick.

ALLES EINKLAPPEN

Klimaneutralität bis 2050

Ab 2050 will die EU klimaneutral sein, also keine Treibhausgase mehr in die Atmosphäre ausstoßen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste bis dahin ein Großteil der Emissionen, die durch fossile Brennstoffe wie Öl, Kohle oder Erdgas entstehen, vermieden und ein kleinerer Teil der Emissionen gespeichert werden. Die neue Chefin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, will die Klimaneutralität bis 2050 per Gesetz festschreiben lassen.

Bereits für 2030 hat sich die EU ein Zwischenziel gesetzt: Im Vergleich zu 1990 soll der CO₂-Ausstoß um mindestens 50 Prozent sinken. Bis zum Oktober des kommenden Jahres will die EU bewerten, ob die Grenze auf 55 Prozent angehoben werden kann. Bislang hatte die EU eine Reduzierung des Ausstoßes bis 2030 um 40 Prozent angepeilt.

Die EU-Institutionen wollen selbst als gutes Beispiel vorangehen und bis 2030 eine neutrale Klimabilanz vorweisen können. Damit könnte das EU-Parlament zum neuen Diskussionspunkt werden: Derzeit hat es zwei Sitze - in Brüssel und in Straßburg, sodass die Abgeordneten zwischen beiden Städten pendeln müssen.



Von der Leyen zu "Green Deal"

"Europas Mann-auf-dem-Mond-Moment"

EU-Kommissionschefin von der Leyen sieht das Klimapaket als Wachstumsmotor für Europa.

| mehr

17:00 Uhr, 11.12.2019, Gudrun Engel, ARD Brüssel | video

MEHR ZUM THEMA

Klimaplan der EU-Kommission: Das steckt hinter dem Green Deal

Klimakonferenz beginnt mit Appell von Guterres

Großdemo in Madrid: Trommeln für mehr Klimaschutz

AUS DEM ARCHIV

CO₂-Rechner: Was verursachen wir?, 02.12.2019 | uba.co2-rechner

Wissenschaftler: "E-Autos lösen CO₂-Problem nicht", 04.11.2019

CO₂-Ausstoß von Dienstautos: Mit schlechtem Beispiel voran, 09.12.2019

UN messen neue Rekordwerte bei Treibhausgasen, 22.11.2018

Plug-in-Hybride: Mogelpackung statt Klimaschutz?, 07.11.2019

DeutschlandTrend: Jedem Zweiten reicht Klimapaket nicht, 10.10.2019

TOP 5



Österreichischer Milliardär übernimmt Schweizer Globus-Kaufhäuser



US-Vorwahl in Iowa: Fehlstart bei den

Energie

Hier liegt der Schwerpunkt auf dem Wandel hin zu erneuerbaren Energien. Dafür sollen bestehende EU-Gesetze zur Energieeffizienz und zum Ausbau erneuerbarer Energien teilweise angepasst oder ergänzt werden.

Vor allem das produzierende Gewerbe soll langfristig nur noch mithilfe erneuerbaren Energiequellen arbeiten. Dafür setzt die EU auf den Ausbau der Energiegewinnung. Im kommenden Jahr strebt die EU-Kommission etwa eine "Offshore-Initiative" an, um mehr Windkraftträder in europäischen Küstengebieten zu errichten.

Ein weiterer Punkt ist das Einsparen von Energie, beispielsweise durch das Modernisieren und Sanieren von Gebäuden.

Strittig ist noch der Punkt der Atomenergie. Einige EU-Staaten bezweifeln, dass sich das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ganz ohne Atomstrom realisieren lässt.



Folgen der Erderwärmung
bei einem Temperaturanstieg

betreffen von mind. einer extremen Hitzewelle in 5 Jahren

um 1,5°C 1 Mrd.

um 2,0°C 2,7 Mrd.

Grafiken zum Klimawandel

Woher kommt das CO₂? Was hat es für Folgen?

Die Weltwetterorganisation hat anlässlich des UN-Klimagipfels eine Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse zum Klimawandel vorgestellt - mit einer ganzen Reihe von Grafiken. [tagesschau.de](#) hat einige ausgewählt. | [bilder](#)

Verkehr

Die EU will die E-Mobilität weiter vorantreiben und dafür bis 2025 mindestens eine Million Ladestationen für E-Autos errichten.

Der Flugverkehr soll eingedämmt werden. Dafür hat der Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, eine Kerosinsteuer ins Spiel gebracht.

Demokraten



Heftige Unwetter in Süd- und Südwestdeutschland



Coronavirus: Todesfall in Hongkong



Mehr Geld zum Einkaufen: Supermärkte hängen Discounter an

WEITERE MELDUNGEN AUS DEM ARCHIV VOM 11.12.2019



Anzeige gegen deutsche Waffenfirmen wegen Kriegsverbrechen,

11.12.2019



Bürgermeister: Jüdischer Laden in Jersey City war wohl Ziel, 11.12.2019



"Green Deal": "Europas Mann-auf-dem-Mond-Moment", 11.12.2019



Frauenhandball-WM: Deutschland verpasst Halbfinale , 11.12.2019



Nach Protesten in Frankreich: Abgeschwächte Rentenreform , 11.12.2019



Bedrohte Kommunalpolitiker: Steinmeier in Pulsnitz,

11.12.2019



Suu Kyi weist vor dem IGH Völkermord-Vorwurf zurück, 11.12.2019



Neue ARD-Wetterzentrale nimmt Betrieb auf, 11.12.2019

Auch im Schiffverkehr sieht der "Green Deal" strengere Regeln vor. Der Emissionshandel soll künftig auch für die Schifffahrtsbranche gelten. Die Idee dahinter: Konzerne müssen Rechte kaufen, um CO2 auszustößen. Zudem könnte Schiffen künftig die Einfahrt in europäische Häfen verboten werden, wenn sie besonders viel Treibhausgas ausstoßen.



Rat der Wirtschaftsweisen

Heizen und Verkehr sollen teurer werden

In ihrem Gutachten halten die Wirtschaftsweisen eine CO2-Steuer und den Emissionshandel für möglich. | [mehr](#)

Industrie



Auch hier gilt: Die Gewerke sollen möglichst CO2-arm produzieren, beispielsweise die Stahlbranche. Die EU will durchsetzen, dass nur noch "sauberer Stahl" mithilfe von Wasserstoff als Energieträger hergestellt wird.

Ebenso soll die Produktion von Batterien möglichst umweltfreundlich werden. Erst Anfang der Woche hatte die EU-Kommission insgesamt sieben EU-Staaten finanzielle Subventionen in Aussicht gestellt, damit sie im eigenen Land Batteriezellen produzieren können. Mithilfe von Batteriezellen werden etwa E-Autos betrieben. Auch in Deutschland sind fünf Unternehmen an der europaweiten Allianz beteiligt.



EU genehmigt Subventionen

Milliarden für europäische Batteriezellen

Deutschland und andere EU-Staaten wollen viel Geld investieren, um eine Batteriezellen-



Euroschau zu Lagarde:
Bonjour Madame!,
11.12.2019



Jungfernflug in Kanada:
Erstes E-Verkehrsflugzeug
getestet, 11.12.2019

[Alle Meldungen vom 11.12.2019 zeigen](#)

Produktion für E-Autos aufzubauen. | [mehr](#)

Land- und Forstwirtschaft

Der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln soll bis 2030 um 50 Prozent reduziert werden. Ebenso sollen Landwirte weniger Düngemittel verwenden. Auch die Anwendung von Antibiotika in der Landwirtschaft will die EU-Kommission eingrenzen.

Waldgebiete in der EU sollen erhalten und wieder aufgeforstet werden. Auch Städte sollen grüner werden: Tausende Bäume sollen hier gepflanzt werden. Diese Schritte sollen nicht nur den Wald als natürlichen CO₂-Speicher schützen, sondern auch das Artensterben aufhalten. Geplant sind zudem neue Strategien für saubere Luft und sauberes Wasser.



Folgen des Klimawandels

"Größte Naturkatastrophe in Deutschland"

Der Klimawandel beeinflusst Gesundheit, Wetter und Wirtschaft, warnt das

Bundesumweltamt. | [mehr](#)

Handel

Klimaschutz und Handelspolitik sollen künftig stärker Hand in Hand gehen. Wenn etwa Freihandelsabkommen vereinbart werden, soll auch der Klimaschutz im potenziellen neuen Partnerland beleuchtet werden.

Beim Import von Waren aus Staaten, die ein niedriges Niveau beim Klimaschutz aufweisen, erwägt die EU die Einführung einer CO₂-Steuer.

Finanzierung

Um den "Green Deal" umsetzen, müssten laut EU-Kommission pro Jahr mindestens 260 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen aufgebracht werden - sowohl aus dem privaten als auch aus dem öffentlichen Sektor. Ein Weg sieht die EU in günstigen Krediten, die die Europäische Investitionsbank gewähren und so die Bereitschaft, zu investieren, steigern soll.

EU-Mitgliedsstaaten sollen künftig besonders klimafreundlich arbeitende Unternehmen besser fördern können.

Und die EU will Regionen, in denen sich die Umstellung auf die Klimaneutralität schwieriger gestaltet, finanziell unterstützen. Das betrifft etwa Gebiete, die von fossilen Brennstoffen abhängig sind. Für die finanzielle Hilfe sieht der "Green Deal" vor, einen "Just Transition-Fonds" einzurichten. Bis zu 100 Milliarden Euro plant die EU hierfür ein.



Über dieses Thema berichtete die tagesschau am 11. Dezember 2019 um 16:00 Uhr.

Von der Leyen stellt "Green Deal" vor, 11.12.2019

Treibhausgase auf Rekordniveau, 25.11.2019

Nachrichtenatlas | Belgien | Brüssel

DARSTELLUNG: [AUTO](#) [XS](#) [S](#) [M](#) [L](#) [XL](#)

Service

[Hilfe](#) [Inhaltsverzeichnis](#) [365-Tage-Meldungsarchiv](#) [Tagesschau App](#) [RSS Feeds](#) [Facebook](#) [Twitter](#) [YouTube](#)

[tagesschau.de](#)

[Startseite](#) [Videos & Audios](#) [Inland](#) [Ausland](#) [Wirtschaft](#) [Wetter](#) [Wahlen](#) [Ihre Meinung](#)

Gemeinsame Programme

[Das Erste](#) [ONE](#) [tagesschau24](#) [3sat](#) [arte](#) [funk](#) [Ki.Ka](#) [Phoenix](#)

Rundfunkanstalten

[Bayerischer Rundfunk](#) [Hessischer Rundfunk](#) [Mitteldeutscher Rundfunk](#) [Norddeutscher Rundfunk](#) [Radio Bremen](#) [Rundfunk Berlin-Brandenburg](#)
[Saarländischer Rundfunk](#) [Südwestrundfunk](#) [Westdeutscher Rundfunk](#) [Deutsche Welle](#) [Deutschlandradio](#)

[Impressum](#) [Hilfe](#) [Kontakt](#) [Datenschutzbestimmungen](#)

© ARD-aktuell / tagesschau.de

Wir sind deins. **ARD** 